

Peter Johannes Weber

## Die Zukunft der katholischen Mittelschulen

In Einsiedeln muss das Stift von Zeit zu Zeit Besitztümer verkaufen, um seine Schule unterhalten zu können. Weil die Eintritte in die Klöster und Kongregationen abnehmen, müssen die katholischen Schulen immer mehr Laien als Erzieher und Lehrer einstellen. Das katholische Schulwesen steckt allem Anschein nach in einer Krise. Wie steht es um die Zukunft dieser Einrichtungen?

Anfang Dezember fand in Lausanne eine von der Konferenz Katholischer Schulen und Erziehungsinstitutionen der Schweiz organisierte Tagung statt, welche sich mit den katholischen Schulen im allgemeinen und jenen in der Romandie im speziellen befasste. Ziel der Veranstaltung war es, politische und kirchliche Kreise zu sensibilisieren und informieren. Die beiden ersten Referate dienten der Information, das dritte versuchte anhand eines Beispiels mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Kardinal Heinrich Schwery (Sitten) befasste sich zuerst mit der Grundfrage, was überhaupt eine katholische Schule sei, und kam zum Ergebnis, dass unter das Etikett «katholisch» auch staatliche Schulen fallen können, solange ihre Ausbildung und Erziehung katholisch ausgerichtet seien. In der Folge ging er auf die Rolle der Laien in katholischen Schulen und die Verantwortung zur Übermittlung eines authentischen Katholizismus ein, ehe er zum Kern seiner Ausführungen, der katholischen Schule im eigentlichen Sinne, kam.

Die Tatsache, dass die Institution einer katholischen Schule existiere, bedeute nicht, dass dies so bleiben müsse. Grundvoraussetzung sei, dass die Grundwerte auf keinen Fall geopfert würden. Hinsichtlich ihrer Notwendigkeit meinte Kardinal Schwery, katholische Schulen seien überall dort vonnöten, wo staatliche unfähig wären, eine umfassende, jene Grundwerte enthaltende Erziehung, die uns Katholiken als unerlässlich erscheine, zu garantieren. Dies sei vor allem dann der Fall, wenn die Erziehung allen Arten esoterischer Einflüsse

offenstünde und eine religiöse Gleichgültigkeit erzeuge, so dass Aberglaube und Religion nicht mehr wahrgenommen werden könnten. In diesem Falle sei eine katholische Schule unabdingbar, und zwar auf allen Stufen der Ausbildung (Primar-, Mittel- und Hochschule).

Die Zukunft der katholischen Schulen schliesslich sei in erster Linie eine Frage der Finanzen, da einerseits wegen der sinkenden Zahl der Ordensangehörigen vermehrt Laien engagiert werden müssen und diese wegen der Sozialabgaben zu teuer kommen, andererseits heutzutage andere, grössere Ansprüche an die Infrastruktur gestellt würden als früher. Daher sei es unerlässlich, mit den zuständigen staatlichen Stellen einen Dialog aufzunehmen, wobei zuvor auf kirchlicher Seite eine Bestandsaufnahme in bezug auf die mittel- und langfristigen Möglichkeiten gemacht werden müsse. Auch hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit öffentlichen Schulen sollte sich die Kirche eingehender mit dem Schulrecht und seinen Möglichkeiten beschäftigen.

Anschliessend schilderte Jacques Bizot (Frankreich) die rechtliche und finanzielle Situation der katholischen Schulen in Europa. In allen westeuropäischen Staaten sei die Unterrichtsfreiheit in der Verfassung garantiert. Allerdings seien zwei unterschiedliche Traditionen festzustellen. In den Ländern Südeuropas komme wegen des dortigen Zentralismus und der belasteten historischen Beziehungen zwischen Kirche und Staat die alleinige Verantwortung für die Ausbildung seiner Bürger dem Staate zu, so dass es nur wenig Subventionen für Privatschulen gäbe. Anders im Norden Europas, in dem die Beziehungen zwischen Staat und Kirche harmonischer verliefen. Hier konnte sich die katholische Ausbildung dank föderaler Strukturen und freier Schulwahl, die durch staatliche, regionale oder kommunale Finanzhilfen gewährleistet wird, besser entfalten.

Anschliessend schilderte er die Situation in Frankreich, wo Kirche und Staat seit Ende des 19. Jh. voneinander getrennt sind. Als Ende der fünfziger Jahre die Privatschulen nicht länger ohne staatliche Hilfen auskommen konnten, und gleichzeitig

**4** der Staat es sich nicht leisten konnte, die Privatschulen zu verlieren, erliess die Regierung Debré 1959 ein Gesetz zur Unterstützung der Privatschulen (Loi Debré). Danach schliesst der Staat mit den Privatschulen einen Vertrag, der den Lehrplan regelt, die Schulen dazu verpflichtet, nur jene Lehrer anzustellen, die aufgrund ihrer Diplome an Staatsschulen unterrichten können, und dem Staat die pädagogische und Finanzkontrolle einräumt. Dafür anerkennt der Staat den katholischen Charakter der Schule, bezahlt den Lehrkörper (gleich seinem eigenen) und subventioniert nach der Anzahl der Schüler das technische Personal und die Verwaltung. Alle Unkosten für Immobilien und religiöse Aktivitäten müssen nach wie vor von den Familien der Schüler getragen werden. Allerdings wurde am 21. Januar 1994 ein neues Gesetz promulgiert (Loi Bourg-Broc), welches den Gebietskörperschaften zu bestimmten Bedingungen erlaubt, die Privatschulen auch im Bereich der Immobilien zu unterstützen. Damit wurde ein in verschiedenen Regionen bereits praktizierter status quo legalisiert. Auch wenn es in der Diskussion um dieses Gesetz zu grossen Manifestationen zugunsten der Staatsschulen kam, so haben die Privatschulen mit einem Anteil von ca. 20 Prozent ihren festen Platz im französischen Erziehungswesen; ein Platz, der heute weder von rechts noch von links ernsthaft in Frage gestellt wird.

Louise-Henri Kolly, Provinzialin der Ingenbohlschwester, präsentierte mit dem Institut du Sacré-Cœur (Estavayer-le-Lac) eine Einrichtung, die verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten (eidg. Handelsdiplom, Französischkurs usw.) anbietet. Ziel dieser Schule sei es, stets eine Antwort auf die aktuellen Gegebenheiten zu finden. Darum habe die Schule 1990 mit der Arbeitsstelle für Bildungsfragen der Schweizer Katholiken eine Reflexionsgruppe gebildet, um über die zeitgemässe Ausbildung am Institut nachzudenken und gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen. Nach einer Situationsanalyse (Schultyp, Schülerschaft, allg. Orga-

nisation, Lehrkörper, Werbung usw.) befasste man sich mit dem Namen der Bildungsstätte («Institut du Sacré-Cœur» und «Ecole catholique privée»), ehe man zu einem ersten Brainstorming überging. Bislang wurden zur Verbesserung der finanziellen Ressourcen ein Solidaritätsfonds geschaffen, ein Ehemaligenverein gegründet und die Buchhaltung den modernen Erfordernissen angepasst. Ausserdem liege nun neu die Leitungs- und Entscheidungsfreiheit nicht mehr bei einer Person, sondern bei einem Team. Regelmässig würden die Schwesterngemeinschaft und das Lehrpersonal über die aktuelle Entwicklung informiert, wozu halbjährliche Vollversammlungen stattfänden.

In der abschliessenden Podiumsdiskussion wurde verschiedentlich betont, wie wichtig eine Werbung für die katholischen Ausbildungsstätten beispielsweise in einem Hirtenbrief sei. Ferner sollte der Glaube in die katholische Mission nicht vergessen werden, denn gerade diese sei von grosser Bedeutung: im Unterricht müsse über den Glauben gesprochen werden, und der katholische Unterricht selbst müsse seine Mission zeigen.

Auch wenn die Tagung die Zukunft der katholischen Schulen thematisieren wollte, so vermittelte sie primär allgemeine Informationen. Erst das Referat Kolly und die abschliessende Diskussionsrunde gingen konkret auf die Aufgaben und Ziele ein. Diese wurden schliesslich in einem 10-Punkte-Papier festgehalten: zur besseren Interessenvertretung Organisation auf lokaler, regionaler oder gar gesamtschweizerischer Ebene, Situationsanalysen in bezug auf finanzielle und personelle Ressourcen, Integration von Laien in Leitungspositionen, professionelle und ökonomisch sinnvolle Betriebsführung, verstärkte Werbung, Entwicklung neuer Finanzierungsformen usw.

Es bleibt zu hoffen, dass es nicht bloss bei dieser Absichtserklärung bleibt, sondern dass weiter diskutiert und schliesslich etwas realisiert wird. Nötig hätten es unsere katholischen Schulen dringender denn je.

Alberto Lepori

## Stampa e partiti

Da un paio d'anni, quasi ogni settimana, viene annunciata in Svizzera la scomparsa e la fusione di giornali o la collaborazione di più titoli in pagine comuni o in gruppi pubblicitari; anche la Commis-

sione federale dei cartelli ha fatto conoscere una ricerca sulla «concentrazione della stampa» e sugli effetti, a suo giudizio non ancora negativi, sulla economia e sull'informazione.

La situazione globale in Svizzera, originata dalle peculiarità storiche, culturali e regionali, può essere globalmente considerata tuttora soddisfacente, addirittura esemplare rispetto ad altri paesi europei: il numero delle pubblicazioni, per quanto in diminuzione, era nel 1992 ancora di 263 titoli con una tiratura globale di oltre quattro milioni di